



BRIEF DER KIRCHEN AN DEN BUNDES RAT UND DIE SCHWEIZER DELEGATION ZUR WELTKLIMAKONFERENZ COP 15 IN KOPENHAGEN

Kirchen für Klimagerechtigkeit

Oktober 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

Klimapolitik muss sachgerecht und menschengerecht sein.

Sachgerecht ist eine Klimapolitik, die den wissenschaftlichen Konsens über Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels respektiert. Das «Zwei-Grad-Ziel» als Begrenzung der mittleren Temperaturerhöhung der Erdatmosphäre ist unter diesen Voraussetzungen eine Minimalanforderung für die Festlegung von Emissionsobergrenzen.

Menschengerecht ist Klimapolitik dann, wenn sie die Rechte der Hauptbetroffenen verteidigt: der Benachteiligten in den Ländern des Südens und der künftigen Generationen. Dabei müssen die Lasten der Treibhausgasreduktionen wie der Anpassung an den Klimawandel gerecht verteilt werden. Industrieländer müssen deutlich mehr tun, weil sie als Verursacher mehr Verantwortung haben und weil sie auf Grund ihres Wohlstands und ihrer Wirtschaftskraft dazu in der Lage sind.

Die Schweiz steht diesbezüglich eindeutig in der Pflicht.

Klugheit und wirtschaftliche Weitsichtigkeit lassen diese Pflicht als Chance begreifen. In einem exportorientierten, technologisch hochentwickelten Land wie der Schweiz sind daher jene zu unterstützen, die schon jetzt Klimaverträglichkeit zum Massstab von Forschung und Entwicklung machen: ein grosses Innovationspotential wartet nur darauf, gefördert und genutzt zu werden.

In ihren öffentlichen Äusserungen der letzten Zeit, in Erklärungen und Grundlagenstudien haben die Schweizer Kirchen und ihre Hilfswerke eine Klimapolitik gefordert, die diesem Anspruch angemessen ist. Die ökumenische Kampagne in der Fastenzeit 2009 wies darauf hin, dass die Opfer vor allem diejenigen sind, die gar nicht zum Klimawandel beitragen: die Ärmsten in den Ländern des Südens. Unabweisbar ist auch seit dem 4. Bericht des Weltklimarats (2007), dass die zerstörerischen Auswirkungen des Klimawandels erst in der 2. Hälfte des 21. Jahrhunderts ihr volles Mass erreichen werden: unsere Enkelinnen und Urenkel werden die Hauptbetroffenen sein. Heute stellen sich die Szenarien der Klimawissenschaften noch alarmierender dar: die Konsequenzen des Klimawandels werden gravierender sein als vor zwei Jahren angenommen – wenn die Politik nicht schnell und konsequent reagiert.

Das bedeutet: um den Klimawandel zu begrenzen, müssen die Treibhausgas-Emissionen drastisch reduziert werden, im Inland und im Ausland. Sowohl die Schweizer Bischofskonferenz (SBK) mit ihrer Nationalkommission Justitia et Pax als auch der Schweizerische Evangelische Kirchenbund (SEK) und die Christkatholische Kirche der Schweiz sprechen sich für eine Reduktion um 40 % im Inland aus, im Zeitraum 1990 – 2020. Zusätzlich soll die Schweiz einen Beitrag in der gleichen Grössenordnung für Reduktions- und Anpassungsmassnahmen im Ausland leisten – indirekt gewinnt sie dabei. Die ökumenische Kampagne 2009 der kirchlichen Werke Brot für Alle (BFA), Fastenopfer und Partner Sein setzte sich für diese Ziele ein, und der ökumenische Verein oeku Kirche und Umwelt sorgt dafür, dass Klimagerechtigkeit auch im Alltag der Kirchen nicht zum Schlagwort verkommt.

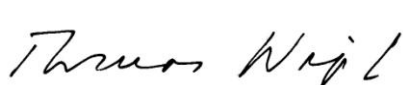
Zahlreiche Initiativen und Massnahmen belegen, dass sich die Kirchen in der Schweiz diesbezüglich in der Pflicht sehen.

Die Kirchen wissen, dass ihre Forderungen erhebliche gesellschaftliche Anstrengungen beinhalten. Zu bedenken ist dabei das Ausmass der zu erwartenden Schäden für die gesamte bewohnte Erde und für die Vielfalt des Lebens. Zeitlich ferne, aber später kaum mehr steuerbare Auswirkungen heute angemessen zu berücksichtigen, ist nicht einfach. Es erfordert daher ein besonders hohes Mass an Mut und Verantwortung, die notwendigen Ziele und Massnahmen ohne Aufschub verbindlich zu vereinbaren.

Schon die von der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und dem Rat Europäischer Bischofskonferenzen (CCEE) veranstaltete Erste Europäische Ökumenische Versammlung in Basel 1989 warnte eindrücklich vor den Folgen des Klimawandels und forderte Massnahmen zum Klimaschutz, die zwanzig Jahre später hellsichtig und nicht im landläufigen, aber im eigentlichen Sinne realistisch erscheinen. In seiner viel beachteten Botschaft zum Weltfriedenstag von 1990 «Friede mit der ganzen Schöpfung» unterstrich Papst Johannes Paul II. die Notwendigkeit, den künstlichen Treibhauseffekt zu begrenzen und in den reichen Ländern einen nüchternen, massvollen Lebensstil zu praktizieren. Genau 18 Jahre später forderte Papst Benedikt XVI. in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag eine verantwortbare Energie- und Klimapolitik und erklärte: «Auch die kommenden Generationen haben das Recht, aus der Schöpfung Nutzen zu ziehen. [...] Ebenso dürfen die Armen nicht vergessen werden, die in vielen Fällen von der allgemeinen Bestimmung der Güter der Schöpfung ausgeschlossen sind.» Auch für den Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK), den weltweiten repräsentativen Zusammenschluss orthodoxer, anglikanischer, protestantischer und altkatholischer Kirchen, ist die Arbeit zum Klimawandel «eine Glaubensangelegenheit» (Generalsekretär Samuel Kobia), für die er sich seit vielen Jahren engagiert.

Auf Grund ihrer historischen Verantwortung und ihrer grösseren Handlungsmöglichkeiten haben die Industrieländer die Verpflichtung, bei den internationalen Klimaverhandlungen mit besonderer Entschlossenheit voranzugehen. «Nur wenn die EU ihre Bereitschaft zu einer drastischen Senkung ihrer eigenen CO₂-Emissionen durch zielgerichtetes Handeln unter Beweis stellt, wird sie Entwicklungs- und Schwellenländer davon überzeugen können, ihre eigenen Emissionen zu stabilisieren und – in angemessener Zeit – schliesslich zu reduzieren» - das sagen evangelische und anglikanische Bischöfe aus Schweden, Grossbritannien und Deutschland. Entsprechendes gilt für die Schweiz.

Im Vorfeld der entscheidenden Klimaverhandlungen in Kopenhagen im Dezember 2009 (COP 15) appellieren die Kirchen an den Bundesrat und die Schweizer Delegation, sich in diesem Sinne einzusetzen. Im gleichen Sinne richten sie sich an die eidgenössischen Räte im Hinblick auf die Beratungen und Entscheidungen zur Revision des CO₂-Gesetzes. Noch ist es nicht zu spät für Klimagerechtigkeit.



Pfarrer Thomas Wipf
Präsident des Rates
Schweizerischer
Evangelischer Kirchenbund



Bischof Dr. Harald Rein
Christkatholische Kirche
der Schweiz



Bischof Dr. Kurt Koch
Präsident
Schweizer Bischofskonferenz